

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Heike Sudmann, Stephan Jersch,
Deniz Celik, Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer, Inge Hannemann,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zum Antrag 21/2754

Betr.: Der Hamburger Hafen braucht einen neuen Hafenentwicklungsplan

Der Hafenentwicklungsplan ist überholt. Das wesentliche Mantra der Hafenentwicklungspolitik des Hamburger Senats war die Entwicklung der Containerzahlen: Im Jahre 2015 ist der Umschlag auf 8,8 Millionen TEU gesunken. Der gültige Hafenentwicklungsplan sah für das Jahr 2015 12,4 Millionen TEU vor.

Die Krise der internationalen Seeschifffahrt wird sich hier auch in den nächsten Jahren kräftig auswirken.

Die **Olympioplanungen** im Hamburger Hafen haben aufgezeigt, dass etliche Entwicklungen neu geplant werden müssen.

Der **Universalhafen in Hamburg ist gefährdet**. Die Schließungspläne der Logistik GmbH der HHLA verengen den Hamburger Hafen zunehmend auf eine Containerschleuse.

Die Schließungspläne bezüglich des Buss Hansa Terminals zu Ende 2016 zerstören darüber hinaus über 100 Arbeitsplätze. Die fatalen Fehler eines vorherigen Senats und sein zumindest unrühmlicher Vertrag mit dem Eigentümer des Unternehmens dürfen nicht Arbeitsplätze vernichten und eine neue Brachfläche im Hamburger Hafen analog zum Kuhwerder Hafen entstehen lassen.

Beide Schließungen betreffen einen wichtigen Teil des Universalhafens, der über Stückguttransporte, Schwerguttransporte und individuelle Ablieferungen nicht nur besonders arbeitsplatzintensiv ist, sondern auch Unternehmen und wirtschaftliche Aktivitäten in dieser Stadt bindet.

Darüber hinaus sind die Stichworte Sedimentmanagement, wachsende Überkapazitäten in der Nordrange, Verschiebungen bei den Reederallianzen, hohe Investitionen bei den Terminals aufgrund des Größenwachstums der Schiffe und so weiter Hinweise auf gewichtige Veränderungen, denen sich der Senat aktiv stellen muss.

All diese Fakten sprechen dafür, dass der Senat gegenwärtig nicht die Entwicklung des Hafens plant, sondern von den Entwicklungen getrieben wird. Daher ist ein Umsteuern dringend notwendig.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Planungen für einen neuen Hafenentwicklungsplan aufzunehmen und der Bürgerschaft bis zum 31.12.2016 zu berichten.